

DIE MITTELEUROPAISCHE KONZEPTION MILAN HODŽAS¹

Von *Ladislav Lipscher*

Infolge des Todes des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses Bohumil Bradáč (1881—1935) kam es zu Umbesetzungen an den höchsten staatlichen Stellen. Der bisherige Ministerpräsident Jan Malypetr (1873—1947) wurde zum Nachfolger Bradáčs gewählt. Am 5. November 1935 ernannte der Präsident der Republik den Ackerbauminister Milan Hodža zum Regierungsvorsitzenden². Die Regierungserklärung Hodžas war hauptsächlich der Innenpolitik gewidmet. In bezug auf die Außenpolitik brachte die Rede keine neuen Aspekte. Als Vorkämpfer einer Handelspolitik der regionalen Präferenzsysteme vermittelte er seine bekannten Ideen von einer mitteleuropäischen Wirtschaftsorganisation. Österreich und Ungarn sollten neben den Staaten der Kleinen Entente die wichtigsten Partner des neuorganisierten Mitteleuropa werden.

Es wurde klar, daß die Nachfolge T. G. Masaryks (1850—1937) im Amt des Staatsoberhauptes noch zu dessen Lebzeiten zu regeln war, denn Eduard Beneš (1884—1948) brauchte für seine Kandidatur unbedingt dessen Autorität. Außer der Burg-Gruppe unterstützte die Kandidatur Benešs überraschenderweise auch Hodža³.

Nach der Wahl Beneš zum Staatsoberhaupt hatte die Regierung, gemäß der Verfassungstradition, demissioniert. Am 18. Dezember 1935 ernannte der neue Staatspräsident eine neue Regierung, die die gleiche Zusammensetzung hatte wie die vorangegangene. Hodža übernahm zusätzlich die Verwaltung des Außenministeriums⁴. Somit hatte die Burg für eine Zeitlang auf die unmittelbare Gestaltung der Außenpolitik verzichtet.

Die Ernennung Hodžas zum Regierungsvorsitzenden hatte im Ausland verschiedene Spekulationen ausgelöst. Nach den Berichten des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin widmete die Presse des Dritten Reiches diesem Ereignis eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit. Unzählige Presseberichte stellten Überlegungen

¹ Milan Hodža (1878—1944) stammte aus einer nationalbewußten slowakischen protestantischen Familie. Vor dem Ersten Weltkrieg war er Journalist und Politiker, nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates mehrmaliger Minister und vom 5. 11. 1935 — 22. 9. 1938 Regierungsvorsitzender; Mitglied der obersten Gremien der tschechosl. Agrarpartei.

² Stenographische Berichte über die 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses (zitiert AbgH) vom 6. 11. 1935. — Prager Tagblatt Nr. 258 v. 6. 11. 1935.

³ Nähere Erläuterungen zur Annäherung beider Politiker: Gajanová, A.: Dvojí tvář. Z historie předmnichovského fašismu [Das Zwiegesicht. Zur Geschichte des Vormünchner Faschismus]. Prag 1962, 150 f.

⁴ Stenogr. Berichte über die 23. Sitzung d. AbgH v. 19. 12. 1935.

über eine mögliche Neuorientierung der tschechoslowakischen Politik an. Es wurde ausdrücklich unterstrichen, daß sich die außenpolitischen Ansichten des neuen Regierungsvorsitzenden von denen Benešs unterscheiden würden⁵.

Die tschechoslowakische Regierung erachtete es als notwendig, diese Behauptungen zu dementieren. Sie tat dies in Form einer Unterredung des Berichterstatters des französischen Blattes „Le Temps“ mit Hodža. Hodža sprach sich gegen die Diktatur aus, und bezüglich außenpolitischer Fragen widerlegte er die Berichte, nach denen es zu irgendwelchen Veränderungen kommen könnte. Zugleich stimmte er der Politik der kollektiven Sicherheit zu, wie sie Beneš ausführte⁶. Bei dieser Gelegenheit hob er jedoch die Bedeutung seines Mitteleuropa-Planes hervor, womit er, wenn auch etwas verschleiert, die Hauptrichtung seiner eigenen diplomatischen Linie andeutete.

Im Hinblick auf die erfolgte Übernahme des Regierungsvorsitzes durch Hodža sandte der österreichische Gesandte in London seiner Regierung einen ausführlichen Bericht. Es ist eine Wiedergabe der Unterredung, die er mit „V“, einer britischen Persönlichkeit, führte⁷. Laut Bericht wurde in England der Bestellung Hodžas eine bestimmte Bedeutung beigemessen. Er galt in England den Einflüssen Frankreichs gegenüber unabhängiger als Beneš. Überdies war Hodža seit jeher für die Verständigung mit Polen eingetreten⁸.

Die Ernennung Hodžas war seitens der Sowjetunion auf Kritik gestoßen. Ihre Vorbehalte wurden in den im Parlament gehaltenen Reden der Vertreter der KPTsch laut, die immer die Meinung der Sowjetunion vermittelten. Sie wiesen darauf hin, daß durch Hodžas bekannte Grundsätze, Konzeptionen und Pläne in erhöhtem Maße Einflüsse zur Geltung kommen würden, die den Kurs der tschechoslowakischen Außenpolitik, namentlich im Verhältnis zu Deutschland und der Sowjetunion, verändern könnten⁹.

In den Berichten des sowjetischen diplomatischen Vertreters in Prag an seine Zentrale scheint dieselbe Kritik an Hodžas außenpolitischer Tätigkeit auf¹⁰.

Im Gespräch mit dem Vertreter des sowjetischen Regierungsblattes „Izvestija“ am 21. Dezember 1935 bemühte sich Hodža, dem gegen ihn gehegten Mißtrauen entgegenzutreten. Er unterstrich, daß auch die Zusammenarbeit mit dem Osten für den Frieden unbedingt notwendig sei und fuhr fort: „Aus diesem Grund ist das System der Verträge über die gegenseitige Hilfeleistung ein für das europäische Gleichgewicht unentbehrliches System, und die Zusammenarbeit der Tschechoslowa-

⁵ Zitiert nach: Lidové noviny Nr. 544 v. 31. 10. 1935.

⁶ Le Temps v. 12. 11. 1935; in tschechischer Übersetzung veröffentlicht in: Venkov Nr. 264 v. 13. 11. 1935.

⁷ Aus dem Inhalt des Berichtes geht hervor, daß es sich um R. G. Vansittart (1881—1957), Unterstaatssekretär im Foreign Office, handelt.

⁸ Bericht v. 10. 11. 1935. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Neues politisches Archiv (zitiert HHStA, NPA) — Gesandtschaft Prag K. 831, F. 902—04. — Hodža war Vorsitzender der Britisch-Tschechoslowakischen Gesellschaft in Prag.

⁹ Rede d. Abg. Kopecký. Stenogr. Berichte über die 28. Sitzung d. AbgH v. 20. 2. 1936, 9 f.

¹⁰ Z. B. Aufzeichnung über die Unterredung mit Beneš v. 8. 1. 1936: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů [Dokumente u. Materialien zur Entwicklung d. tschechosl.-sowjetischen Beziehungen]. Bd. 3. Prag 1979, Dok. 124.

kei mit der Sowjetunion besitzt für den Frieden in Europa die gleiche Bedeutung wie das System der Kleinen Entente und das Bündnis mit Frankreich¹¹.“ Hodža entfaltete in seiner neuen Funktion eine sehr rege diplomatische Tätigkeit. Mit großer Hingabe verfolgte er vor allem die Intensivierung der Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten.

Die Organisation, die durch die Pariser Vorortefriedensverträge in Mitteleuropa geschaffen wurde, zeigte sich sehr bald als wirtschaftlich und politisch nicht befriedigend. Einerseits war das Selbstbestimmungsprinzip nur teilweise verwirklicht: manche mitteleuropäischen Völker warteten nur auf die Gelegenheit, den gegebenen Zustand zu verändern; andererseits hatte die Zerschlagung der Donaumonarchie, die ein homogenes und geschlossenes Wirtschaftsgebiet gebildet hatte, zur Folge, daß die Nachfolgestaaten von Wirtschaftskrisen heimgesucht wurden. Deshalb machten sich im Zeitraum zwischen 1918 und 1938 Tendenzen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit im mitteleuropäischen Raum bemerkbar. Es verging kaum ein Jahr, ohne daß ein diesbezüglicher Wirtschaftsplan im Rahmen der europäischen Politik vorgelegt worden wäre.

Bevor die diesbezüglichen Bemühungen und Pläne Hodžas analysiert werden, erscheint es angebracht, die bis dahin getätigten gedanklichen und praktischen Versuche, zu einer neuen wirtschaftlichen Ordnung in Mitteleuropa zu gelangen, in Kürze darzulegen.

Die Wiederanknüpfung engerer Beziehungen wurde seit Kriegsende von verschiedenen Seiten, für verschiedene Gebiete und in verschiedenen Formen erörtert¹².

Den ersten Versuch zur Wiederanknüpfung alter Beziehungen haben die Friedensverträge (Saint Germain, Art. 222; Trianon, Art. 205) unternommen, als sie eine Ausdehnung des mitteleuropäischen Binnenmarktes durch gegenseitige Begünstigung mitteleuropäischer Provenienzen vorsahen. Ungeachtet der festgesetzten Beschränkungen hätte dieses System, verglichen mit dem Zustand, in dem die besagten Länder seit Friedensschluß verharrten, eine erträglichere Lage geschaffen.

Im Jahre 1930 wurde das bekannte Briand-Memorandum vorgelegt, dessen Ziel es war, im Rahmen des Völkerbundes eine wirtschaftliche Föderation der europäischen Staaten aufzubauen und die zwischen ihnen bestehenden Unstimmigkeiten durch Annäherung — verwirklicht durch die politische Verantwortung der betreffenden Regierungen — zu beheben. Die Idee Aristide Briands (1862—1932) fand zwar einen großen Widerhall, jedoch keine Basis zum weiteren Ausbau.

Als fest stand, daß in der gegebenen Situation mit einer Verwirklichung dieses Planes nicht zu rechnen war, errang der Gedanke regionaler Vereinbarungen, namentlich der wirtschaftlichen Annäherung der mitteleuropäischen Staaten, allgemeine Beachtung. Diesbezügliche Anstrengungen erhielten um so größere Bedeutung, als im Jahre 1930 eine akute Agrarkrise ausbrach, die diese Region besonders in Mitleidenschaft zog.

¹¹ Izvestija v. 23. 12. 1935; in deutscher Übersetzung in: Prager Tagblatt Nr. 299 v. 24. 12. 1935. — Im gleichen Sinn sprach Hodža mit dem sowjetischen diplomatischen Vertreter am 14. 1. 1936 u. 15. 2. 1937: Dokumenty a materiály III, Dok. 126, 135.

¹² H a n t o s, E.: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Die wirtschaftliche Neugestaltung. Berlin 1933, 20.

In den Jahren 1930—1932 fanden mehrere Agrarkonferenzen statt, an denen der Präferenzgedanke die Hauptrolle spielte, jedoch ohne greifbare Fortschritte¹³.

Größere Beachtung erlangte der französische Donauplan, der sog. Tardieu-Plan (März 1932). Dieser suchte mit handelspolitischen Mitteln die Not des zerstückelten mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes zu lindern. Präferenzzölle und Kontingente sollten den Weg zur wirtschaftlichen Annäherung der fünf Donaustaaten (Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) ebnen. Deutschland und Italien haben ihre Zustimmung verweigert, auch Österreich stand dem Plan ablehnend gegenüber, was ihn schließlich zu Fall brachte¹⁴.

Eine weitere Etappe in der Entwicklung der Zusammenschlußbestrebungen bildete der am 16. Februar 1933 in Genf unterzeichnete Organisationspakt der Kleinen Entente, der das bisherige politische Gebilde zu einer ökonomischen Organisation auszugestalten suchte.

Neben dem Ziel, die gemeinsame Politik stärker aufeinander abzustimmen, enthielt der Pakt die Absichtserklärung, unter den Mitgliedstaaten den festen Entschluß reifen zu lassen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten schlechthin, aber insbesondere mit denen Mitteleuropas, zu intensivieren.

Die Stellungnahme Beneš als langjährigen Gestalters der tschechoslowakischen Außenpolitik zu den verschiedenen Plänen, die die Neuroganisation Mitteleuropas verfolgten, war sehr vorsichtig formuliert. Die mitteleuropäische Zusammenarbeit, wie sie Beneš sah, würde selbstverständlich die Verständigung mit den anderen interessierten Kreisen erfordern. Die Kleine Entente wäre immer bereit, mit den beiden anderen Donaustaaten wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Sein Land lehne aber jede staatsrechtliche Organisation, jede Konföderation der mitteleuropäischen Staaten ab. Er wäre auch nur bereit, an Verhandlungen teilzunehmen, an denen sich auch Jugoslawien und Rumänien beteiligten¹⁵.

Hodža hatte weit mehr als Beneš die mitteleuropäische Krise auf wirtschaftliche Tatsachen zurückgeführt. Ihm lag daran, vorerst einen Anschluß an Österreich und Ungarn zu finden. Das Ziel einer engeren wirtschaftlichen Kooperation mit diesen Ländern würde, nach seiner Ansicht, am besten zu erreichen sein, wenn die Länder der Kleinen Entente zunächst einmal versuchen würden, ihre wirtschaftlichen Probleme gemeinsam anzupacken.

¹³ Bukarester Agrarkonferenz (24. 6. 1930) mit der Teilnahme Ungarns, Rumäniens u. Jugoslawiens; Warschauer Tagung (August 1930) d. Getreideausfuhrländer u. w.

¹⁴ Zur Frage der verschiedenen Wirtschaftspläne im Donaugebiet bzw. in Mitteleuropa vgl. Hantos, E.: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Die wirtschaftliche Neugestaltung. Berlin 1933. — Ders.: Die Neuordnung des Donaoraumes. Mitteleuropäische Wirtschaftsfragen. Berlin-Wien 1935. — Niederle, M.: L'évolution et l'état de la collaboration économique dans le bassin du Danube. Prag 1938. — Kühn, J.: Förderationspläne im Donaauraum und in Mittelosteuropa. München 1958.

¹⁵ Rede Beneš im Abgeordnetenhause am 22. 3. 1932, zitiert nach Strauss, E.: Tschechoslowakische Außenpolitik. Eine geschichtliche Einführung. Prag 1936, 114. — Erklärung Beneš nach der Konferenz von Sinaja (24. 9. 1933), zitiert nach Hantos: Die Neuordnung des Donaoraumes 1935, 154. — Vgl. auch: Unterredungen des österreichischen Gesandten in Prag mit Beneš v. 25. 3. u. 7. 4. 1927. HHSStA, NPA — Gesandtschaft Prag, K. 63, F. 612—16, 626—29.

Schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg erkannte Hodža die wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der Nachfolgestaaten als unerläßlich. Diese Notwendigkeit ergab sich für ihn aus der Forderung nach politischer Nüchternheit und Reife, welche eine der modernen internationalen Politik entsprechende Voraussetzung sei, um zur Verständigung aller Völker zu gelangen¹⁶.

Aufgrund dieser Einsicht verwarf er ganz entschieden die Pläne des ungarischen Ministerpräsidenten Michael Károlyi (1875—1955), der Ende 1918 die Bildung einer Donauföderation vorschlug¹⁷. Hodža sah in so einem Gebilde keine „union économique“ (ein von Briand übernommener Begriff, den dieser anlässlich der Ratifikation des Trianoner Friedensvertrages im Pariser Parlament prägte), die für die Tschechoslowakei von Interesse wäre. Die Grundlage eines neuen Mitteleuropa lag für ihn in den politischen und wirtschaftlichen Verträgen seines Landes mit Jugoslawien, Rumänien, Polen und Österreich, unter Umständen auch erweitert auf Bulgarien¹⁸. Die Kleine Entente sei nicht das Endziel der tschechoslowakischen Außenpolitik, wie Hodža in seinem Pariser Vortrag in der „Société d'études extérieures“ klarmachen wollte, sondern nur der Kern einer neuen mitteleuropäischen Konstellation, deren Hauptaufgabe die friedliche und nachdrückliche Verteidigung der Friedensverträge sein müßte¹⁹.

Der erste Ausbruch der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre brachte Hodža dazu, seine Bemühungen um eine engere wirtschaftliche Kooperation der von ihm ins Auge gefaßten Staaten zu intensivieren. Den Ausgangspunkt für seine Überlegungen bildete vor allem die Agrarkrise, mit der er sich auseinandersetzte, und seine Kritik an diesbezüglichen Plänen mit ähnlichen Zielsetzungen.

Die Paneuropa-Idee rief bei ihm nicht viel Sympathie hervor. Paneuropa bezeichnete er als „glänzende Ideologie“, aber wirtschaftliche Widerstände würden eine stärkere Wirkung zeigen als die gedanklichen Konstruktionen. Das überwiegend industrielle Westeuropa verfolge völlig andere wirtschaftlich-politische Interessen als das agrarisch ausgerichtete Mitteleuropa²⁰.

Wenig Verständnis zeigte Hodža auch für den Briand-Plan der vereinigten Staaten von Europa, weil dieser nur die Politik und die Diplomatie in Betracht zog, ohne Berücksichtigung von Wirtschaft und Handel. Denselben Vorwurf erhob er auch gegen die Kleine Entente, die „von der Gedanken Blässe der »Nur-Politik« und der »Nur-Diplomatie« — angekränkelt ist“. Für die Kleine Entente propa-

¹⁶ Rede Hodžas. Stenogr. Berichte über d. 78. Sitzung der Nationalversammlung v. 1. 10. 1919, 2366.

¹⁷ „Der Begriff der Donauföderation“, führte einer der besten Kenner dieser Problematik an, „ist nämlich politisch schwer belastet, da er sich in der Vergangenheit immer auf imperialistische Gebilde bezog und auch heute noch machtpolitische Tendenzen vortäuscht.“ — H a n t o s : Der Weg zum neuen Mitteleuropa 1933, 93.

¹⁸ Slovenská politika Nr. 1 v. 1. 1. 1922. — H o d ž a, M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 4. Prag 1931, 219 f.

¹⁹ Slovenský denník v. 23. 2. 1922. — H o d ž a : Články IV 1931, 227 Anm. — Vgl.: Zahraníční politika 13 (1934) 664.

²⁰ Vortrag Hodžas vor den Akademikern der Agrarpartei in Prag am 1. 6. 1930. H o d ž a : Články IV 1931, 162 f. — D e r s.: Paneuropa und Getreidekrise. Der österreichische Volkswirt v. 20. 12. 1930, 321.

gierte er ein konstruktives Programm, das die Organisierung aller gleichartigen oder wenigstens verwandten Kräfte in Mitteleuropa ermöglichen sollte²¹.

Alle Pläne, die eine Annäherung bzw. einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten verfolgten, litten — so die Überzeugung Hodžas — neben der mangelnden Einbeziehung wirtschaftlicher Faktoren, auch noch an den Folgen eines taktischen Fehlers: Man ging zu idealistisch und zu wenig empirisch vor, d. h. den Ausgangspunkt bildete „die allgemeine Idee, und vom Generellen schritt man zum Partiellen“²². Der Fehler bei der Analyse der Situation bestand angeblich darin, daß die Hindernisse für eine zwischenstaatliche Verständigung im partiellen Bereich lagen und auch noch zu spät erkannt wurden. Diese abstrakte These konkretisierte Hodža dahingehend, daß diese Hindernisse einer Verständigung in den anscheinend geringen wirtschaftlichen Gegensätzen der mitteleuropäischen Staaten zu suchen seien, die — außer Deutschland und Österreich — alle einen überwiegend landwirtschaftlichen Charakter mit einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung aufweisen würden. Dazu zählt er auch die Tschechoslowakei mit der Begründung, daß, abgesehen von einer bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit (ungefähr 40 v. H.), in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre 16—27 v. H. der Gesamtausfuhr auf Agrarprodukte entfielen²³.

Die angeführte Analyse diente ihm als Basis für seine Untersuchung der Gründe für die sich stets vertiefende Agrarkrise in Mitteleuropa sowie das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten.

Zwei Ursachen machte Hodža für die prekäre Lage verantwortlich: 1. die langandauernde Disparität zwischen den handelspolitischen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche- und industrielle Produktion (Zoll- und Preisbedingungen), 2. die Überproduktion von Agrarerzeugnissen in Übersee, vor allem in den USA und Kanada. Die Krise könnte auf zwei Arten gelöst werden: innerstaatlich und international.

Durch innerstaatliche Maßnahmen müßte die Parität der Zollpolitik zwischen der Landwirtschaft und der Industrie hergestellt werden. Im internationalen Bereich ist es unumgänglich, solche Zoll- und administrativen Verfügungen zu erlassen, um die übermächtige Konkurrenz der sehr billig hergestellten Agrarprodukte aus Übersee, welche Störungen auf dem europäischen Markt verursachten, auszuschalten. Zuletzt wäre ein europäisches Kontingentierungsabkommen, d. h. die Festsetzung der Aus- und Einfuhrmenge — namentlich von Weizen — von einem Staat in den anderen, zu treffen²⁴. Bevor Hodžas Pläne für die wirtschaftliche

²¹ E b e n d a 321. — Vortrag Hodžas in Brünn am 28. 5. 1931. H o d ž a : Články IV 1931, 429. — D e r s.: Federation in Central Europe. Reflections and Reminiscences. London 1942, 106 f.

²² H o d ž a : Paneuropä u. Getreidekrise 1930, 322.

²³ E b e n d a.

²⁴ Interview Hodžas. Politika (Belgrad) v. 25. 3. 1930. — H o d ž a : Články IV 1931, 291. — Interview Hodžas mit dem Vertreter der Neuen Freien Presse (Wien). H o d ž a : Články IV 1931, 303—306. — D e r s.: Zemeľská kríza, družstevníctvo a úprava dovozu [Agrarkrise, Genossenschaftswesen u. Einfuhrregelung]. Slovenský denník Nr. 288 v. 16. 12. 1930.

Annäherung der mitteleuropäischen Staaten erläutert werden können, ist es notwendig, den Begriff „Mitteleuropa“, wie er es verstand, zu definieren.

„Zwischen Deutschland und Rußland wächst ein neues Mitteleuropa mit seiner eigenen konstitutiven Geschichte, mit ähnlichen, manchmal sogar fast gleichen Richtlinien der sozialen Entwicklung, mit gleichen Problemen der nationalen Wiedervereinigung und der nationalen Minderheiten, mit gleicher Zivilisationsaufgabe zwischen West und Ost und — ungeachtet aller Unterschiede — mit unbestreitbaren Zivilisationsaffinitäten“ heran²⁵. In geopolitischer Hinsicht erstreckte sich das neue Mitteleuropa, nach Hodžas Meinung, um den Kristallisationskorridor Weichsel — March (Morava) — Waag (Váh) — mittlere Donau — Morava (serbische) — Vardar Furche — Saloniki²⁶.

Abgesehen davon, daß er in seinen Reden und Aufsätzen manchmal auch den Begriff „Donaukonföderation“ gebrauchte²⁷, verstand er den Begriff „Mitteleuropa“ bald in engerem, bald in weiterem Sinn. In der engeren Definition faßte er nur die Staaten der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle zusammen. Ein Mitteleuropa in diesem engeren Sinn war sein unmittelbares Ziel²⁸. Sein weiteres Ziel, wie er an mehreren Stellen anmerkte, wäre eine fortschreitende Annäherung folgender elf Staaten gewesen: Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Österreich, Ungarn, Polen, Bulgarien, Griechenland, Estland, Litauen und Lettland²⁹.

Die Verwirklichung des Vorhabens, eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten herbeizuführen, stieß jedoch auf große Schwierigkeiten. So nahmen die Handelsbeziehungen zu Jugoslawien und Rumänien eine sehr ungünstige Entwicklung. Die Weizenüberschüsse der Tschechoslowakei waren die Hauptursache der herrschenden Getreidekrise. Jugoslawien und Rumänien drängten aufgrund ihrer passiven Handelsbilanz darauf, ihre Weizenausfuhr in die Tschechoslowakei mengenmäßig auf einen Höchststand zu bringen. Dieses Bestreben hätte jedoch, wie Hodža erläuterte, sehr ungünstige Auswirkungen auf die Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Tschechoslowakei gehabt³⁰.

Deutschland dagegen erhöhte seine Importe aus Jugoslawien und Rumänien konstant. Aufgrund dieser Tatsache konnte die wirtschaftliche Kleine Entente nicht zum Kern einer zu entwickelnden Zusammenarbeit aller Donau- und Balkanländer werden.

²⁵ Vortrag Hodžas im Europäischen Zollverein in Prag am 29. 4. 1931. Venkov v. 30. 4. 1931.

²⁶ Vortrag Hodžas in der Handels- und Gewerbekammer in Brünn am 5. 3. 1931. Hodža : Články IV 1931, 382. — Ders.: La Tchécoslovaquie et l'Europe Centrale. Revue Economique International (Brüssel), April 1931. — Ders.: Agrární problém střední Evropy [Das Agrarproblem Mitteleuropas]. VČAZ 12 (1936) 129, 433. — Hodža, M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 7. Preßburg 1934, 229.

²⁷ Als Donaustaaten galten: Bulgarien, Jugoslawien, Österreich, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn.

²⁸ Hodža : Agrární problém 1936, 129—131.

²⁹ E b e n d a 129 f.

³⁰ Hodža, M.: Články, reči, štúdie [Aufsätze, Reden, Studien]. Bd. 5. Prag 1933, 482.

Mit seiner handelspolitischen Durchdringung Südosteuropas verfolgte Deutschland u. a. das Ziel, die Kleine Entente zu sprengen und so die Tschechoslowakei in die Isolierung zu treiben. Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag vom 1. Mai 1934 war ein weiterer bedeutsamer Schritt in diese Richtung, der die Absicht verriet, einen deutschen Stützpunkt innerhalb der Kleinen Entente zu schaffen³¹.

Die tschechoslowakischen Regierungskreise waren sich der drohenden politischen und wirtschaftlichen Gefahr durchaus bewußt. Der ständigen Verschlechterung der internationalen Lage der Tschechoslowakei wollte Hodža entgegenwirken.

In einem Vortrag, den er im Herbst 1935 vor der Internationalen interparlamentarischen Wirtschaftskonferenz in London hielt, führte er seine Gedanken über eine fortschreitende Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente, der Römischen Protokolle, des Balkanpaktes und der baltischen Gruppe aus, die eine günstige Voraussetzung für die Sanierung Mitteleuropas schaffen würde. Diese Gedanken sind bekannt geworden unter dem Namen Hodža-Plan³².

Hodža plante als ersten Schritt zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein Abkommen zwischen den Staaten der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle³³. Die Tschechoslowakei als parlamentarisch-demokratischer und konsolidierter Staat hätte das Recht und die Verpflichtung, die Initiative zu ergreifen³⁴. „Es ist vorteilhafter, wenn wir die Initiative ergreifen“, so Hodža schon in seiner Pilsner Rede im Jahre 1928, „weil sonst eine Gruppierung ohne uns, also praktisch gegen uns gerichtet, entstehen könnte. Es erweist sich als unerläßlich, das neue Mitteleuropa zu organisieren, welches uns einzig und allein einen ruhigen Übergang in die ganzeuropäischen Kombinationen ermöglicht“³⁵.

Die Kernpunkte des Hodža-Planes könnten so zusammengefaßt werden³⁶:

1. Die zusammengeschlossenen Staaten müßten die Verpflichtung übernehmen, die gültigen Präferenzzölle sowie die Einfuhrkontingente nicht herabzusetzen und die existierenden Hindernisse für den internationalen Handel nicht zu vertiefen.
2. Durch bilaterale und multilaterale Abkommen im Rahmen des gemeinsamen Zollverbandes sollten die handelspolitischen Verhältnisse normalisiert werden.
3. Es sei ein zentrales landwirtschaftliches Evidenzbüro zu schaffen, dessen Aufgabe darin bestünde, die Verteilung der Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu überwachen und Absatzmärkte zu suchen³⁷.

³¹ Krüger, P.: Das europäische Staatensystem und die deutsche Politik gegenüber der Tschechoslowakei in den 30er Jahren. In: Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vororteverträge. Hrsg. v. K. B o s l. München-Wien 1976, 235—252, hier 246 f.

³² Vgl. den Bericht in: The Times v. 4. 10. 1935. — H o d ž a : Federation 1942, 107 f. Anm. 2.

³³ Die Römischen Protokolle v. 17. 3. 1934 dienten als Grundlage für den am 15. 5. 1934 zwischen Italien, Österreich u. Ungarn zustandekommenen Dreierpakt.

³⁴ H o d ž a : Články IV 1931, 391.

³⁵ Zitiert nach M a r e č e k, K.: Šťastnější Evropa v Hodžově plánu [Das glücklichere Mitteleuropa im Hodža-Plan]. Prag 1938, 20.

³⁶ Der vollständige Wortlaut des Vortrages veröffentlicht unter dem Titel: Agrární problém střední Evropy, VČAZ 12 (1936) 129—137.

³⁷ E b e n d a 137.

4. Die mittel- und osteuropäischen Staaten waren gegenüber Westeuropa hoch verschuldet. Sie hatten große Schwierigkeiten, ihren Verbindlichkeiten nachzukommen, weil ihre Goldreserven einen sehr niederen Stand und ihre Handels- und Zahlungsbilanzen kein kräftiges Aktivum aufwiesen. Deshalb der Antrag Hodžas, den Schuldnerstaaten durch Erhöhung der Ausfuhr, vornehmlich von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Rückzahlung zu erleichtern. Diese Regelung sei, so meinte Hodža, im eigentlichsten Interesse Westeuropas. So könnte z. B. Großbritannien seine Weizeneinfuhr erhöhen, ohne die Verträge mit Übersee zu verletzen. Deutschland tätigte im Jahre 1933 92 v. H. seiner Weizeneinfuhr, Belgien 86 v. H., die Schweiz 79 v. H., die Niederlande 66 v. H. aus Übersee. Deshalb Hodžas Forderung, Westeuropa sollte sich bereit erklären, 15 Millionen Zentner, also bloß den zehnten Teil seiner gesamten Weizeneinfuhr, aus den Donaustaaten zu decken³⁸.

Für Hodža war der schon erwähnte Kristallisationskorridor (Weichsel — Waag — mittlere Donau — Morava — Vardar Furche — Saloniki) nicht nur eine geographische, sondern auch eine zivilisatorische Scheide, wo sich traditionell Katholizismus und Orthodoxie, also Rom und Byzanz, durchdrangen³⁹. Man kann sagen, daß Hodža die wirtschaftliche Komponente betonte, um seinen mitteleuropäischen Plänen eine Realisierungschance zu geben. Das schien ihm der leichtere Weg zu einer Verständigung zu sein, weil er die Widerstände, welche sich der Bildung einer politischen Gemeinschaft entgegenstellen würden, für bedeutend größer hielt. Das Bewußtsein der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit und des Aufeinanderangewiesensein im mitteleuropäischen Raum hielt er für eine objektive Gegebenheit.

Mit diesen Überlegungen verfolgte er aber auch ein eminent politisches Ziel. Er wollte seinen Staat gegen international immer stärker werdende Gefährdung absichern und so eine Rückendeckung gegen das Dritte Reich aufbauen.

Den Prozeß der Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente und denen der Römischen Protokolle wollte Hodža unbedingt durch eine enge Zusammenarbeit mit Österreich beginnen, wofür folgende Gründe ausschlaggebend waren:

Zwischen beiden beiden Staaten bestanden vom Gesichtspunkt der internationalen Politik aus keine akuten Reibungsflächen. Beide Staaten waren nicht nur allein geographisch, sondern auch geschichtlich „stark exponierte Mittler zwischen Ost und West“⁴⁰. Außerdem hoffte Hodža durch Vermittlung Österreichs zu einem Ausgleich mit Ungarn zu kommen, oder wenigstens das Klima zu dem südlichen Nachbarn zu verbessern.

Anläßlich eines inoffiziellen Besuchs des österreichischen Bundeskanzlers Kurt

³⁸ E b e n d a 132 f. — Vgl. H o d ž a : Články V 1933, 482 f.

³⁹ H o d ž a , M.: Kulturní a hospodářská střední Evropa [Das kulturelle u. wirtschaftliche Mitteleuropa]. VČAZ 12 (1936) 433—437, hier 434. — Teilweise wiedergegeben in: PrP Nr. 76 v. 16. 3. 1936.

⁴⁰ H o d ž a , M.: Geistiger Zusammenschluß zwischen Wien und Prag. Neues Wiener Journal Nr. 15 v. 30. 1. 1936, 157, Beilage: Die Tschechoslowakische Republik und Österreich.

von Schuschnigg (1897—1977) in Prag kam es zu einem umfassenden Gedanken-
austausch zwischen ihm und Hodža ⁴¹.

Nach der Behandlung einiger offener bilateraler Fragen erklärte Hodža, daß er
eine Annäherung der Kleinen Entente an Österreich in die Wege leiten wolle.
Schuschnigg wollte von einem Eintritt Österreichs in die Kleine Entente nichts
wissen, war aber bereit, bilaterale Vereinbarungen mit der Tschechoslowakei zu
treffen, die aber so abgestimmt werden müßten, daß sie Ungarn nicht als gegen sich
gerichtet auffassen könne. Hodža zeigte Verständnis für den Standpunkt Schuschnigg's,
vergaß jedoch nicht hervorzuheben, daß die Tschechoslowakei und Österreich
in bezug auf Berlin gemeinsame, nahezu identische Interessen hätten. Ein Vertrag
zwischen einem kleinen mitteleuropäischen Staat und der Großmacht Deutschland
mußte nach Hodža notgedrungen eine *societas leonina* sein ⁴².

Obwohl Hodža mehrere Male zu Schuschnigg nach Wien reiste ⁴³, gelang es ihm
nicht, Österreich für seine Konzeption eines mitteleuropäischen wirtschaftlichen
Zusammenschlusses zu gewinnen, noch dafür, daß es die Funktion einer Brücke
zwischen den Staaten der Kleinen Entente und denen der Römischen Protokolle
ausübte. Schuschnigg war durch die fehlende Zustimmung Mussolinis sowie durch
den aufkommenden Einfluß der Nationalsozialisten in Österreich in seiner Ent-
schlußfreiheit stark eingeschränkt.

Hodža hoffte bei der Lösung der mitteleuropäischen wirtschaftlichen Probleme
auf die entscheidende Hilfe der Westmächte. In dem Bestreben, deren Zustimmung
zu erlangen, führte er zwischen dem 8. und 15. Februar 1936 Gespräche mit den
verantwortlichen französischen Politikern in Paris, wo er auf Einladung der fran-
zösischen Regierung der Huldigungsfeier für T. G. Masaryk beiwohnte. Es handelte
sich darum, die Einstellung Frankreichs zu seinen Plänen in Erfahrung zu bringen.
Obwohl er von seinen Gesprächspartnern nur unverbindliche Zusagen ⁴⁴ erhielt,
zeigte er sich mit den Ergebnissen der Pariser Beratungen zufrieden. Der französi-
sche Außenminister bemerkte in seinem Exposé vor dem Außenausschuß der Kam-
mer kurzerhand, daß die Verhandlungen über die Regelung der Verhältnisse in
Mitteleuropa fortgeschritten seien, ohne aber nähere Erläuterungen hinzuzufügen ⁴⁵.

Auch Hodža selbst wurde in seinem Optimismus gedämpft; er mußte feststellen,
daß noch viele Fragen untersucht und zuerst die notwendigen Vorarbeiten geleistet
werden müßten, um die auftauchenden Hindernisse zu beseitigen ⁴⁶. Anlässlich einer

⁴¹ Schuschnigg hielt sich auf Einladung des Prager deutschen Industriellenklubs am 16. u.
17. 1. 1936 in Prag auf.

⁴² Aufzeichnung über die Unterredung Schuschnigg's mit Hodža. HHStA, NPA — Ge-
sandschaft Prag K. 479, F. 488—501.

⁴³ Hodžas letzter Besuch in Wien am 27. 9. 1937 rief den Unwillen Berlins hervor, und
die reichsdeutsche Propaganda beschuldigte Prag, Wien u. Paris eines Komplotts gegen
das Dritte Reich. Vgl. K r o f t a, K.: Z dob naší první republiky [Aus der Zeit un-
serer Ersten Republik]. Prag 1939, 142 f. — ADAP I, 254.

⁴⁴ Comment le Président du conseil tchécoslovaque voit la reconstruction de l'Europe Cen-
trale. Figaro v. 12. 2. 1936. — Le séjour à Paris de M. Milan Hodža. Le Temps v.
15. 2. 1936. PrP Nr. 43 u. 44 v. 13. u. 14. 2. 1936.

⁴⁵ PrP Nr. 43 v. 13. 2. 1936.

⁴⁶ Die Aktivbilanz des Besuches. PrP Nr. 44 v. 14. 2. 1936.

Begegnung mit den Mitgliedern der Prager Vereinigung der Auslandspresse erläuterte er, „daß eine bruske Wendung in der Handelspolitik praktisch nicht möglich wäre. Deshalb auch die Zurückhaltung in den Ländern des Westblocks“⁴⁷.

Wie aus den Akten herorgeht, bestanden in Großbritannien ernste Vorbehalte gegen den Hodža-Plan. Der Wirtschaftsexperte des britischen Foreign Office, F. T. A. Ashton-Gwatkin (1889—1976), dem dieser Plan zur Begutachtung vorgelegt wurde, faßte die Einwände so zusammen: Auch wenn es sich bezüglich des Donauraums um einen Sonderfall handle, sei zu erwarten, daß der Board of Trade Einwände gegen die Bevorzugung tschechoslowakischer Waren sowie gegen Vorzugszölle für Italien und Deutschland vorbringen werde, und das „nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, sondern aus der Überlegung heraus, daß derartige Vereinbarungen dahin tendieren würden, regionale Zusammenschlüsse, die einer internationalen Grundlage des Handels entgegenstehen, zu verewigen“⁴⁸.

Die offizielle Einstellung der britischen Regierung zum Hodža-Plan war ablehnend, weil ihrer Auffassung nach Mittel- und Südosteuropa in die Einflußsphäre Deutschlands gehörten. Großbritannien hatte kein Interesse daran, Deutschland von diesen Staaten zu entfernen oder es wirtschaftlich zu umzingeln⁴⁹.

Kurze Zeit nach seiner Rückkehr aus Frankreich, besuchte Hodža Belgrad (21.—25. Februar 1936), um die jugoslawische Regierung u. a. genauer über seinen Plan zu unterrichten und ihre Zustimmung zu dessen Verwirklichung einzuholen. Anfang 1936 bestand bereits kein Zweifel mehr über den neuen Kurs der jugoslawischen Regierung, der sich unter Vorsitz von Milan Stojadinović (1888—1961) und des Prinzregenten Paul (1893—1976) in einer allmählich immer stärker werdenden wirtschaftlichen und letzten Endes auch politischen Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich ausdrückte.

Hodžas Bemühungen brachten ein sehr kümmerliches Ergebnis. Das Versprechen der Jugoslawen, den von Hodža vorgelegten Plan in allen Einzelheiten zu prüfen, war an die Bedingung geknüpft, daß dieser weder gegen Deutschland noch gegen Italien gerichtete Tendenzen enthalten dürfe. Stojadinović und Hodža einigten sich bloß darauf, daß sich die Experten der Kleinen Entente treffen sollten, um einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, welcher als Basis für Verhandlungen mit den Staaten der Römischen Protokolle dienen sollte; ein genauer Termin wurde jedoch nicht festgelegt⁵⁰.

⁴⁷ Geschlossen für die Bündnisse. PrP Nr. 292 v. 25. 10. 1936. — Unterredung des Sonderberichterstatters des Pariser Blattes *Ce Soir* mit Hodža. PrP Nr. 145 v. 29. 5. 1937.

⁴⁸ Public Record Office, Foreign Office (zitiert PRO-FO) 371/21139/30—32. — Vgl. Gruner, W.: „British Interest“ in der Zwischenkriegszeit. Aspekte britischer Europa-Politik 1918—1938. In: Gleichgewicht — Revision — Restauration 1976, 139—143.

⁴⁹ Antwort des Premierministers Neville Chamberlain (1869—1940) auf die Anfrage des Oppositionsführers Clement Attlee (1883—1967), zitiert nach: Der deutsche Volkswirt 1938, 232. — Vgl.: Reden Anthony Edens (1897—1977) vor der Imperial Conference v. 3. 6. 1937 u. in Leamington u. Bredford. PRO-FO 371/21139/166—167. — Krofta: Z dob naših prvih republiky 1939, 215, 223 f.

⁵⁰ Communiqué v. 23. 2. 1936 über das Ergebnis der Beratungen. Zahraniční politika 15 (1936) 165. — Bericht des ungarischen Gesandten in Belgrad an die Zentrale. Diplomáciai iratok Magyarország külpolitikájához 1936—1945. B. 1. A Berlin—Róma tengely kialakulása és Ausztria anejiója 1936—1938 [Diplomatische Akten zur un-

Der dritte im Bunde der Kleinen Entente, Rumänien, nahm dem Hodža-Plan gegenüber einen ähnlichen Standpunkt ein.

Hodža überreichte anlässlich seines Staatsbesuchs in Rumänien (Juni 1937) König Carol (1893—1953) und dem Ministerpräsidenten Gheorghe Tatarescu (1886—1957) eine Abschrift seines Planes.

Was die Einstellung der rumänischen Regierung betraf, so wurde klar, daß sie sich kaum aktiv engagieren würde. Man hielt die von Hodža beantragten Präferenzzölle für undurchführbar: Derartige Maßnahmen seien, selbst im Rahmen der Kleinen Entente, nicht zu realisieren, vor allem deswegen, weil die tschechoslowakischen Agrarier einer Erleichterung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten ihrer Verbündeten keine Zustimmung gäben.

Ungeachtet einiger Unstimmigkeiten, die in dem Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland entstanden, wiesen die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen einen steten Aufwärtstrend auf. An Bukarest richtete das Dritte Reich dieselbe Drohung wie an Jugoslawien. Der rumänische Gesandte in Berlin versicherte darauf am 24. Februar 1936 dem deutschen Außenminister, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, einer Übereinkunft der Donauländer beizutreten, an der Deutschland nicht teilnehmen würde⁵¹.

Polen, mit dessen Mitarbeit Hodža vielleicht in einer fernerer Zukunft rechnete, stand seinem Plan abweisend gegenüber: erstens weil seine bilateralen Beziehungen zur Tschechoslowakei sehr belastet waren⁵² und zweitens weil Polen im Hodža-Plan eine Gefährdung der eigenen Bemühungen zwecks Stärkung seiner internationalen Position sah. Unter dem Schlagwort „miedzymorze“ verfolgte Polen die Bildung eines Staatenblocks vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer, selbstverständlich unter seiner Führung.

Hodža bezog Bulgarien in seinen von ihm auch Donaukonzeption bezeichneten Plan ein, denn dieses Land gehörte, seiner Auffassung nach, als Donaustaat zum mitteleuropäischen Wirtschaftssystem, da dessen handelspolitische Beziehungen vorwiegend nach Mitteleuropa und über Mitteleuropa hinaus orientiert waren⁵³. Hodža informierte Bulgarien über seine Pläne und gab die Versicherung ab, daß selbst Rumänien keine Einwände vorbringen werde. Die bulgarischen offiziellen Stellen sahen zwar in wirtschaftlicher Hinsicht bestimmte Vorteile gegen die wachsende Monopolstellung Deutschlands im bulgarischen Außenhandel, aber aus Furcht vor Vergeltung seitens des Dritten Reiches hatte Bulgarien an der Verwirklichung

garischen Außenpolitik 1936—1945. Bd. 1: Entwicklung der Achse Berlin—Rom und die Annexion Österreichs]. Bd. 1. Budapest 1962, Dok. 57, 145—147.

⁵¹ Bericht des österr. Gesandten in Bukarest an die Zentrale v. 17. 6. 1937. HHSStA, NPA — Tschechoslowakei K. 831, F. 106. — Documents on German Foreign Policy 1918—1945, Series C (zitiert DGFP, C) IV, Dok. 581, 1184. — Documents diplomatique français 2, I, Dok. 334, 335.

⁵² Im Gespräch mit dem Sonderkorrespondenten des Pariser Petit Journal beantwortete Hodža die Frage nach den Beziehungen beider Länder als wenig hoffnungsträchtig. „Es liegt in der Logik der Geschichte, daß diese zwei Staaten wieder einmal einen praktischen Boden zur Zusammenarbeit finden“, fügte er bei. Abgedruckt in: PrP Nr. 60 v. 1. 3. 1937.

⁵³ Geschlossen für die Bündnisse. PrP Nr. 292 v. 25. 10. 1936.

des Planes kein Interesse mehr. Jedenfalls beeinflusste diese bedrohliche Lage die wirtschaftlichen Kontakte insofern, als sich Prag der Notwendigkeit bewußt wurde, Bulgarien bestimmte Vergünstigungen zuteil werden zu lassen⁵⁴.

Hodža erklärte mehrmals, daß er Ungarn von einer mitteleuropäischen Zusammenarbeit nicht ausschließen wolle⁵⁵. Im Hinblick auf die Einstellung der Agrarpartei, zu deren führenden Köpfen er selbst gehörte, war diese Äußerung sehr bemerkenswert, denn jede tschechoslowakische Anregung zur Verbesserung der Beziehungen zu Ungarn — mochte sie auch von noch so hoher Position, wie vom Präsidenten Masaryk selbst, ausgegangen sein — wurde von der Agrarpartei aufs heftigste bekämpft⁵⁶. Der Protektionismus, die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse betreffend, den die Agrarpartei mit Verbissenheit verteidigte, wurde so stark, daß es ab 16. Dezember 1930 zum vertragslosen Zustand mit Ungarn kam⁵⁷. Schuschniggs Besuch in Prag und die darauffolgenden Aktivitäten Hodžas riefen den Unwillen Ungarns hervor. Am 21. Januar 1936 empfing Schuschnigg den ungarischen Gesandten in Wien, um ihm erneut zu bestätigen, daß Hodža den Wunsch nach einer wirtschaftlichen Annäherung der Donaustaaten geäußert habe und daß ihm besonders an einem wirtschaftlichen Abkommen mit Ungarn sehr gelegen sei⁵⁸.

Jeder Versuch einer wirtschaftlichen Verständigung beider Länder mißlang, weil in Prag wie in Budapest die Frage in erster Linie vom politischen Standpunkt aus beurteilt wurde. Ungarn hatte zum Hodža-Plan a priori eine negative Einstellung, ganz abgesehen davon, daß es von Anfang an das Sprachrohr des Dritten Reiches und Italiens war, um jeden Schritt zu vereiteln, der in irgendeiner Weise den Status quo und die Hegemonie Frankreichs in dieser Region festigen könnte⁵⁹. Ungarn machte alles von der Revision des Trianoner Friedensvertrages abhängig. Eine politische Annäherung war für den ungarischen Außenminister Koloman Kánya unmöglich. „Man kann von einem Staat, der auf Grund des Friedensvertrages fast drei Viertel seines Territoriums verloren hat, nicht verlangen, daß er die Vergangenheit mit dem Schleier der Vergessenheit verhüllt und mit den einzelnen Nachbarn aufrichtig zusammenarbeitet“⁶⁰.

Die Tschechoslowakei wiederum, die naturgemäß die bestehenden Verträge zu verteidigen trachtete, war Ungarn gegenüber mißtrauisch, dessen extreme Revisions-

⁵⁴ Dějiny československo-bulharských vztahů [Die Entwicklung der tschechosl.-bulgarischen Beziehungen]. Prag 1980, 316. — H o d ž a : Federation 1942, 134.

⁵⁵ H o d ž a , M.: Aktive Donaupolitik. Wiener Wirtschafts-Woche Nr. 7 v. 19. 2. 1936. — Unterredung mit Schuschnigg am 17. 1. 1936. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 479, F. 491.

⁵⁶ So z. B. torpedierte die Agrarpartei den von Beneš angeregten engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Österreich und der Tschechoslowakei und Ungarn.

⁵⁷ H a n t o s : Der Weg zum neuen Mitteleuropa 1933, 40.

⁵⁸ Dipl. iratok I 1962, Dok. 13, 87.

⁵⁹ Aufzeichnung über die Beratungen der österreichischen und ungarischen Politiker am 13. u. 14. 3. 1936. Allianz Hitler—Horthy—Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933—1944). Red. v. L. K e r e k e s. Budapest 1960, Dok. 9, 121.

⁶⁰ Unterredung Kányas mit dem Budapester Gesandten Großbritanniens am 4. 3. 1936. Dipl. iratok I 1962, Dok. 59, 148—150.

bestrebungen nicht grundlos Beunruhigung hervorriefen. Hodža war sich bewußt, daß mit der Mentalität Ungarns gerechnet werden mußte; deshalb wollte er geduldig und mit Ausdauer warten, bis die psychologischen Hindernisse aus dem Weg geschafft waren. Durch einen vorübergehenden Mißerfolg wollte er sich nicht abschrecken lassen⁶¹.

Eine der entscheidenden Voraussetzungen, Hodžas Ziel näher zu kommen, war das Einverständnis Italiens, daher bemühte er sich vielfach, die Zustimmung Benito Mussolinis (1883—1945) zu erlangen. In einem Interview erklärte er dem Berichterstatter des italienischen „Corriere della Sera“, daß er Italien eine Lösung des Konfliktes mit Äthiopien wünschte, die seiner Vergangenheit würdig wäre, so daß es zu seiner großen Sendung zurückkehren könne. Unter dem Begriff der „großen Sendung“ verstand er das aktive Interesse Italiens an Mitteleuropa, „wo wir seine Aufgabe als unerlässlich betrachten“⁶², um Deutschlands Einfluß in dieser Region einzudämmen.

In einem Gespräch mit dem italienischen Gesandten in Prag versicherte er nochmals, daß die künftige mitteleuropäische Kooperation gegen niemanden, und vor allem nicht gegen Italien, gerichtet sei. Mussolini, dem davon berichtet wurde, ließ Hodža wissen, daß der Konflikt mit Äthiopien im Moment seine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehme⁶³.

Ungeachtet gewisser Versprechungen stieß Hodžas Vorhaben auf Mussolinis entschiedenen Widerstand⁶⁴. Er bestand darauf, daß Italiens Stellung in den Donaufstaaten nicht gefährdet werden dürfe. Obwohl sich nach Hodžas Konzeption die Absatzmärkte für die italienische Industrie erweitert hätten, sollte doch der Hodža-Plan gleichzeitig der tschechoslowakischen Industrie diejenigen Märkte öffnen, welche sich Italien durch die Römischen Protokolle sicherte.

Das Dritte Reich hatte ebenso wie Italien von Anfang an für den Hodža-Plan nicht viel übrig, weil es um seine wichtigen Interessen im Donaauraum fürchtete. Wie schon erwähnt, übte es auf die Donauländer starken Druck aus und überschüttete diese mit massiven Drohungen⁶⁵. Die deutschen diplomatischen Vertreter in Prag und Wien legten sogar gegen das Zustandekommen des tschechoslowakisch-österreichischen Handelsvertrages scharfen Protest ein.

Hodža wiederholte stets die Forderung, den Aufbau des neuen Mitteleuropa ohne Deutschland zu verwirklichen, „denn weder die wirtschaftlich-politischen, noch

⁶¹ Rede Hodžas anlässlich der Grundsteinlegung zum Denkmal für den ungarischen Schriftsteller M. Jókai in Komárno (Südslowakei). PrP Nr. 170 v. 22. 6. 1937.

⁶² *Zahraniční politika* 15 (1936) 131.

⁶³ H o d ž a, M.: Aktive Donaupolitik. Wiener Wirtschafts-Woche Nr. 7 v. 19. 2. 1936. — Vgl. Bericht des Prager ungarischen Gesandten an die Zentrale über die Unterredung mit seinem italienischen Kollegen v. 20. 2. 1936. Dipl. iratok I 1962, Dok. 44, 129—131. — Aufzeichnung über die Unterredung Schuschniggs mit Hodža v. 17. 1. 1936. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 479, F. 498—99.

⁶⁴ Mussolini sprach über diese Frage im Ministerrat in aller Deutlichkeit: „Es erübrigt sich zu wiederholen, daß eine kollektive Regelung im Donaauraum nicht ohne uns erfolgen kann und daß unsere Interessen und jene der mit uns verbündeten Staaten nicht ignoriert werden können.“ Kundgebung Mussolinis. PrP Nr. 64 v. 4. 3. 1936.

⁶⁵ DGFP, C, IV, Dok. 558, 1130.

namentlich die national-politischen Gründe sind solcher Art, daß wir eine mitteleuropäische Organisation mit deutscher Hegemonie annehmen könnten“⁶⁶. Auch bilaterale Abmachungen mit Deutschland lehnte er als nicht wünschenswert ab, solange die Tschechoslowakei nicht Mitglied eines Systems sei, das ihre Interessen zu sichern vermöchte⁶⁷.

Als Hodža wahrnahm, daß sich der Unwillen der offiziellen deutschen Stellen immer stärker artikulierte, moderierte er seine diesbezüglichen Ansichten und erklärte, daß die Tschechoslowakei nicht gegen, sondern neben Deutschland arbeiten wolle. So äußerte er sich dem diplomatischen Korrespondenten der „Agence Havas“ gegenüber: „Es wäre ein schwerwiegender Irrtum, wenn man in Deutschland bezüglich der Versuche, die Organisation der Donaustaaten auszubauen, glauben würde, daß sie gegen Deutschland gerichtet seien, oder wenn ein solcher Plan etwa Anlaß zu derartigen Auslegungen bieten würde“⁶⁸.

Die Mehrzahl der einheimischen führenden Politiker hatte am Hodža-Plan ebenfalls keinen großen Gefallen gefunden. Die Vertreter der „Burg“ verfolgten Hodžas Aktivitäten seiner persönlichen Ambitionen wegen mit Sorge und Argwohn, hauptsächlich deshalb, weil die Kleine Entente durch sein Projekt teilweise auf ein Nebengeleise geriet. Beneš hatte sich sehr distanziert und kühl verhalten. Im Gespräch mit dem sowjetischen diplomatischen Vertreter in Prag bezeichnete er diese Pläne als unseriös und Hodža als sehr geschwätzig. Das Problem Mitteleuropa habe keine eigenständige Bedeutung. Es ist, so gibt der Diplomat die Ansicht Benešs wieder, „einfach leichtfertig, sich vorzustellen, daß man unter den gegebenen Verhältnissen die Frage Mitteleuropas von derjenigen des übrigen Europa gesondert behandelt und diese allein löst“⁶⁹.

Hodža fand für seine Pläne auch bei seiner eigenen Agrarpartei, die eine stärkere Beteiligung der Donaustaaten am tschechoslowakischen Außenhandel strikt ablehnte, weder Begeisterung noch Unterstützung. Das durch sie erkämpfte Getreidemonopol blockierte den Zutritt dieser Länder zum tschechoslowakischen Markt.

Nur Karel Kramář (1860—1937) drückte seine Befriedigung mit den Worten aus, daß Hodža „gottlob der zynischen Suggestion des bolschewistischen Feldzuges gegen die faschistische Diktatur nicht unterlegen ist“⁷⁰.

⁶⁶ Vortrag Hodžas vor den Akademikern der Agrarpartei in Brünn am 28. 5. 1931. Hodža : Články IV 1931, 430. — Vortrag Hodžas vor der Handels- und Gewerkekammer in Brünn am 5. 3. 1931. E b e n d a 377 f. — Unterredung Schuschniggs mit Hodža am 17. 1. 1936. — Gespräch des Prager deutschen Gesandten mit Hodža. Bericht an die Zentrale v. 7. 2. 1936. PA, AA — Polit. Abt. II b. Tschechoslowakei Po 7. E. 642564.

⁶⁷ Unterredung Schuschniggs mit Hodža am 17. 1. 1936. — O československé zahraniční politice v letech 1918—1939. Sborník statí [Über die tschechosl. Außenpolitik 1918—1939. Sammelband von Abhandlungen]. Prag 1956, 298.

⁶⁸ PrP Nr. 44 v. 14. 2. 1936. — Vgl.: Rede Hodžas auf der Generalversammlung der Tschechosl. landwirtschaftlichen Akademie am 7. 3. 1937. VČAZ 13 (1937) 154. — PrP Nr. 68 v. 9. 3. 1937, 3.

⁶⁹ Bericht des Prager dipl. Vertreters an die Zentrale v. 14. 2. 1936. Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů III 1979, Dok. 135, 250—253; Dok. 175, 305 f.

⁷⁰ Národní listy v. 8. 3. 1936.

Die tschechoslowakische Industrie stimmte zwar den Bestrebungen nach Schaffung vergrößerter Wirtschaftsräume grundsätzlich zu, „jedoch nur insoweit, als durch derartige Maßnahmen die Tschechoslowakei nicht der sich aus der Meistbegünstigung ergebenden Vorteile im Hinblick auf die übrigen europäischen und überseeischen Staaten verlustig gehe“⁷¹. Das außenpolitische Ziel der sudetendeutschen Politiker lag in der Zusammenarbeit aller mitteleuropäischen Staaten unter Einbeziehung Deutschlands in einer Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft und in der Abkehr vom damaligen System der Militärbündnisse, die einen ständigen Unruhe- und Gefahrenherd für das friedliche wirtschaftliche Nebeneinander der Völker Mitteleuropas bildeten⁷².

Wie der sudetendeutsche Abgeordnete Franz Bacher (1884—1944), Vertreter der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, zum Ausdruck brachte, war mit der Wende in der Politik des Dritten Reiches auch die Konzeption des neuen Mitteleuropas, die den Kernpunkt der sudetendeutschen Außenpolitik bildete, verdrängt worden⁷³. Die Einstellung der sudetendeutschen politischen Parteien zum Hodža-Plan war nicht einheitlich. Die sudetendeutschen Agrarier (Bund der Landwirte) und die Christlichsozialen waren bereit, Hodža zu unterstützen, weil sein Plan ihren außenpolitischen Vorstellungen nicht widersprach. Franz Spina (1868—1938), tschechoslowakischer Minister und führende Persönlichkeit des Bundes der Landwirte, schrieb dem Hodža-Plan historische Bedeutung zu⁷⁴.

Erwin Zajicek (1890—1976) stellte fest, daß Hodža, ein Mann von Weitblick, unermüdlich für ein neues Mitteleuropa werbe⁷⁵.

Robert Mayr-Harting (1874—1948), Minister und führender christlich-sozialer Politiker, war von der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Organisation der Donauländer fest überzeugt und stellte weiter fest, daß gerade die Tschechoslowakei als Exportstaat an der Realisierung dieses wichtigen Konzepts ein besonderes Interesse haben sollte. Es vertrat jedoch die Meinung, daß diese Frage nicht ohne Zusammenarbeit mit den beiden Großmächten, deren politische und wirtschaftliche Interessensphäre sich in die Donauländer erstreckte, nämlich Deutschland und Italien, zu lösen sei. Zugleich war er sich der großen Schwierigkeiten bewußt, die sich der Lösung dieses Problems in den Weg stellten, doch „die tschechoslowakische Außenpolitik hat hier eine große und verantwortungsvolle Aufgabe, um die anhaltenden Gegensätze überbrücken und ausgleichen zu helfen“⁷⁶.

⁷¹ J a n o v s k y, K.: Die tschechoslowakische Industrie und die südosteuropäischen Agrarblöcke. Der österreichische Volkswirt v. 20. 12. 1930, 323.

⁷² Rede des sudetendeutschen Nationalsozialisten Rudolf Jung (1882—1945). Stenogr. Berichte über die 241. Sitzung d. AbgH v. 1. 2. 1933, 121. — Vgl. J e s s e r, F.: Probleme der Schutzarbeit. Altvaterbote 8 (1931) 170. — Senator Franz Jessers Rückblick auf die sudetendeutsche Politik. Der Weg 4 (1932) 580—584, hier 583.

⁷³ Prager Tagblatt Nr. 230 v. 2. 10. 1934.

⁷⁴ S p i n a, F.: Hodža jako politik a státník [H. als Politiker u. Staatsmann]. VČAZ 14 (1938) 136 f.

⁷⁵ Vortrag in d. Gesellschaft für Außenpolitik in Wien am 28. 4. 1937. PrP Nr. 118 v. 29. 4. 1937.

⁷⁶ Němci v Československé republice o sobě [Die Deutschen in der Tschechosl. Republik über sich]. Prag 1937, 31 f.

Der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch (1896—1966) stimmte dem Hodža-Plan insofern zu, als er ein von Berlin beherrschtes Mitteleuropa unmöglich machen würde. „Daher sei auch vom deutschen demokratischen Standpunkt aus die Schaffung eines *wirtschaftlichen Donaubundes* vorzuziehen, der den europäischen Großmächten als gleichberechtigter Partner gegenüberstehen kann“⁷⁷.

Die Koalitionspartner haben Hodža gegenüber den Vorwurf erhoben, daß sein starkes Engagement in der Außenpolitik erhebliche Verzögerungen bei der Lösung innenpolitischer Fragen, die keinen Aufschub duldeten, verursachte⁷⁸. Einerseits übte man im Beamtenstab des Außenministeriums Kritik an seiner außenpolitischen Unerfahrenheit und seiner etwas sprunghaften Art, andererseits klagte der faktische Leiter des Außenressorts Kamil Krofta (1876—1945), daß sich Hodža aufgrund seiner starken Inanspruchnahme durch die Innenpolitik nicht genügend um die Außenpolitik kümmere⁷⁹.

Zuletzt mußte Hodža selbst einsehen, daß die doppelte Belastung durch das Amt des Ministerpräsidenten und das des Leiters des Außenministeriums eine Überforderung darstellte. Auf eigenen Wunsch enthob ihn der Staatspräsident am 29. Februar 1936 seiner Funktion als Außenminister und ernannte Krofta zu seinem Nachfolger⁸⁰.

Von der Idee her war Hodžas Konzeption der erste Versuch seitens der Kleinen Entente, ohne politische Vorbedingungen auf rein wirtschaftlicher Ebene eine enge Zusammenarbeit vorerst der Staaten der Kleinen Entente mit Österreich und Ungarn, möglicherweise auch mit Bulgarien, mit dem Ziel anzustreben, „to create one single great economic unit in Central Europe“⁸¹. Auf dieser Grundlage wäre nicht mehr jeder einzelne Staat dieser Gemeinschaft von einer großen Wirtschaftsmacht, nämlich insbesondere von Deutschland, abhängig — so die Vorstellung Hodžas —, sondern hätte als Mitglied einer starken Wirtschaftsgruppe, die alle Verhandlungen mit Drittländern führen würde, eine stabile Position erlangen können⁸².

Die Auffassung, daß Mitteleuropa nur auf wirtschaftlicher Grundlage gestärkt werden könnte, weil auf diesem Gebiet Gemeinsamkeiten vorhanden waren und die wirtschaftliche Krise Sieger und Besiegte auf einen gemeinsamen Nenner brachte, schien theoretisch einleuchtend, aber die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Anfang 1936 waren die wirtschaftlichen und politischen Positionen des Dritten Reiches in den Donauländern so stark, daß die Konzeption eines Blockes der sechs erwähnten Staaten, die als gleichwertige Partner mit Deutschland zusammenarbeiten und zugleich als Konkurrenten auftreten sollten, als illusorisch betrachtet werden mußte.

⁷⁷ Vortrag in der Sommerschule für das Studium mitteleuropäischer Fragen in Tatranská Lomnica (Slowakei) am 20. 8. 1937. PrP Nr. 288 v. 21. 8. 1937.

⁷⁸ Nová Doba (Pilsen) Nr. 54 v. 23. 2. 1936.

⁷⁹ Bericht des Prager österreichischen Gesandten über die Unterredung mit Krofta an die Zentrale v. 30. 12. 1935. HHStA, NPA — Gesandtschaft Prag K. 831, F. 3—6, hier 5.

⁸⁰ PrP Nr. 60 v. 29. 2. 1936. — Stenogr. Berichte über die 31. Sitzung d. AbgH v. 5. 3. 1936, 4.

⁸¹ Hodža : Federation 1942, 133.

⁸² Hodža, M.: Planmäßiger Aufbau. PrP Nr. 23 v. 24. 1. 1936. — Das Ergebnis von Paris. PrP Nr. 45 v. 15. 2. 1936.

Das Scheitern des Hodža-Planes kündigte sich bereits bei seinem ersten Schritt auf dem Wege zur Realisierung an. Die bilaterale Kontaktaufnahme zwischen der Tschechoslowakei und Österreich, der Schlüssel zur weiteren Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in dieser Region, fand in keinem der beiden Blöcke, der Kleinen Entente und der Römischen Protokolle, Zustimmung.

Beilage

Tabelle 1: Anteil Deutschlands an der Ein- und Ausfuhr in die Donauländer in Prozent

Staat	A. Einfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	22,2	23,3	25,9	38,2	40,1	53,5	61,6	54,8
Jugoslawien	15,6	19,3	17,7	13,2	13,9	16,2	26,8	32,8
Rumänien	24,1	29,6	23,7	18,6	15,5	24,4	37,0	29,8
Ungarn	20,0	24,4	22,4	19,7	18,3	22,6	25,8	26,2
Österreich	20,8	21,9	20,0	18,7	17,1	17,4	16,9	16,3

Staat	B. Ausfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	29,9	29,5	26,0	36,0	42,7	48,0	47,9	43,1
Jugoslawien	8,5	11,3	11,3	13,9	15,4	18,7	23,7	21,7
Rumänien	27,6	11,5	12,3	10,6	16,6	16,5	23,7	20,1
Ungarn	11,7	12,7	14,8	11,2	22,2	23,9	23,1	24,1
Österreich	15,7	15,6	16,5	15,1	15,8	16,2	16,1	14,9

Tabelle 2: Anteil der Tschechoslowakei an der Ein- und Ausfuhr in die Donauländer in Prozent

Staat	A. Einfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	9,0	9,3	8,4	4,8	3,8	9,8	3,9	2,6
Jugoslawien	17,5	18,2	15,6	12,1	11,7	14,0	15,4	11,1
Rumänien	13,6	12,2	12,3	9,8	9,9	10,3	11,5	10,1
Ungarn	21,5	9,1	10,3	10,1	7,0	4,8	5,1	6,2
Österreich	18,1	16,9	15,3	13,7	13,7	12,8	11,4	11,0

Staat	B. Ausfuhr							
	1929	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Bulgarien	4,8	4,6	3,1	3,5	3,6	6,9	3,3	5,6
Jugoslawien	5,4	15,5	13,2	10,8	11,3	13,4	12,3	7,9
Rumänien	6,2	7,0	7,0	4,8	5,4	5,9	7,0	8,4
Ungarn	16,4	4,2	6,8	7,3	5,0	4,5	4,0	3,5
Österreich	13,5	11,6	10,6	7,8	7,4	7,3	7,3	7,1 ⁸²